

# Die DDR 10 Jahre unter Honecker

## Zeichen der Konsolidierung des SED-Regimes

Wenn man sich mit aktuellen Fragen der Politik der SED beschäftigen will, so kann man sich gegenwärtig auf die Auswertung des X. Parteitages konzentrieren, der vom 11. bis 16. April 1981 im Ostberliner Palast der Republik stattfand. Wenn man den X. Parteitag historisch einordnen und vor allem die Rolle des gegenwärtigen SED-Chefs mit beleuchten will, so kommt man nicht umhin, zugleich eine Bilanz des zehnjährigen Wirkens von Erich Honecker zu ziehen.

Denn auf dem X. Parteitag war Erich Honecker unangefochten dominierend. Der ganze Parteitag wurde von ihm sichtbar geprägt. Dabei zeigten sich Elemente eines neuen Personenkultes. Der X. Parteitag war für Honecker der bisherige Höhepunkt seiner Laufbahn. Unter seiner Führung begann vor zehn Jahren ein neuer Abschnitt in der Geschichte der SED und der DDR.

Zunächst muß aber vorausgeschickt werden, daß die SED auch in der Honecker-Ära die straff-gegliederte, nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus organisierte Kaderpartei geblieben ist. Die Meinungsbildung dieser Partei wird im wesentlichen von oben vorgegeben, die einzelnen Parteiorganisationen an der Basis können im wesentlichen nur noch darüber diskutieren, wie die Beschlüsse des Zentralkomitees am besten in der Praxis verwirklicht werden können. Unter dieser Bedingung sind Parteitage nur Akklamationsgremien für die im engen Führungszirkel des Politbüros erarbeitete Generallinie.

Auch am Charakter der DDR hat sich unter Erich Honecker nichts grundlegend geändert. Mauer und Stacheldraht sind weiterhin Markenzeichen der DDR. Bestimmte, für westliche Vorstellungen selbstverständliche Grund- bzw. Menschenrechte werden nicht oder nur mit Einschränkung gewährt. Die DDR ist unter Honecker nur eine etwas flexiblere und letztlich damit auch etwas erfolgreichere kommunistische Diktatur geworden. Die Führungsrolle der Partei in den Staatsorganen und im gesamten öffentlichen Leben wurde unter Honecker auf neuen Grundlagen eher verstärkt als geschwächt.

Diese Ausgangsbetrachtung gilt es im Auge zu behalten, wenn man kleine Veränderungen registriert, die jedoch im gegebenen kommunistischen System durchaus beachtenswert sind. Einen völlig statischen Kommunismus gibt es nicht. Wer sich konkret mit dem Kommunismus auseinandersetzen will, muß auch gegebene geringfügige Evolutionen nüchtern beachten, sich in systemimmanente Vorstellungen einfühlen und dabei vor allem Vergleiche mit anderen kommunistischen Ländern berücksichtigen.

## Von Ulbricht zu Honecker

Am 3. Mai 1971 wurde Erich Honecker (formell auf Vorschlag des damals 77jährigen Walter Ulbricht) vom Zentralkomitee der SED zum neuen Parteichef gewählt. Ulbricht wurde Ehrenvorsitzender der SED und blieb Politbüro-Mitglied und Staatsratsvorsitzender. Schon auf dem vom 15. bis 19. Juni 1971 stattfindenden VIII. Parteitag wurde deutlich, daß es sich nicht nur um einen altersbedingten Rücktritt handelte, wie es zunächst dargestellt wurde. Bereits der VIII. Parteitag stand im Zeichen des erst seit sechs Wochen als Parteichef amtierenden Erich Honecker. Ulbricht war nicht mehr anwesend, seine Grußbotschaft wurde verlesen. Aus einigen Sätzen Honeckers auf dem VIII. Parteitag konnte man herausdeuten, was die internen Hauptvorwürfe gegen Ulbricht gewesen sind. Honecker warnte die Partei vor „dem Subjektivismus, der Rechthaberei, der Schönfärberei und der Mißachtung des Kollektivs“. Obgleich es parteioffiziös nie ausgesprochen wurde, scheint Ulbricht damals zur Unzeit rechthaberisch auf dogmatischen Positionen insbesondere in der Deutschland- und Westpolitik beharrt zu haben und dabei der sowjetischen Führung ein Hemmnis bei der Gestaltung einer flexibleren Westpolitik (Verträge mit der Bundesrepublik und Vereinbarungen mit den anderen drei Siegermächten über Berlin) geworden zu sein.

Wenn man Vergleiche mit anderen kommunistischen Staaten anstellt, in denen entmachtete Parteichefs meist in der Versenkung verschwanden oder gar „Unpersonen“ wurden, behandelte Honecker seinen einstigen Mentor dennoch relativ fair. Ulbricht behielt wichtige Funktionen, doch die Richtlinien der Politik bestimmte fortan Honecker selbst, der sich jedoch im Unterschied zu Ulbricht stärker als Erster unter Gleichen verstand. Reste eines Ulbricht-Kultes wurden stillschweigend beseitigt, aber es gab keine Umbenennungen, z. B. die Leuna-Werke Walter Ulbricht behielten ihren Namen.

Basierend auf den Bedürfnissen der sich entwickelnden Vertragspolitik mit der Bundesrepublik war Honecker schon auf dem VIII. Parteitag bemüht, die Bundesrepublik differenzierter zu beurteilen und sich für eine „Normalisierung“ der Beziehungen zu ihr zu engagieren, wobei er von bis dahin gültigen Maximalforderungen, z. B. der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR abrückte. Mißt man allerdings die Ziele von 1971 mit den Realitäten des Jahres 1981, dann bleiben die Realitäten unter den verbalen Beteuerungen doch weit zurück.

Doch wurde unter den neuen Bedingungen der Vertragspolitik mit der Bundesrepublik und durch die sich aus den humanitären Erleichterungen, vor allem dem Besucherverkehr, ergebenden verbreiterten Kontakte die innenpolitische Stabilisierung und Festigung der materiellen Basis wichtiger und vorrangig. Honecker steuerte daher von Anfang an im innenpolitischen Feld den Kurs einer gewissen Versachlichung und Entkrampfung. Er rückte von großen Zukunftsvisionen der Ulbricht-Ära ab und widmete sich stärker den Alltagssorgen der Menschen. Dem diente auch das im Umfeld des VIII. Parteitages entwickelte Honecker-Motto: „Alle erreichen, jeden gewinnen, keinen zurücklassen!“

Unter den Bedingungen einer begrenzten Öffnung nach Westen galt es vor allem, die DDR *westbegegnungsfähig*, vornehmlich im wirtschaftlichen und sozialpolitischen Bereich, zu machen. Von nun an wurde den Konsumwünschen der Bevölkerung größere Aufmerksamkeit geschenkt. Die DDR entschloß sich damals, ein gedrosseltes Investitionswachstum in Kauf zu nehmen, um eine *Erhöhung des Lebensstandards* zu ermöglichen.

Die auf dem VIII. Parteitag verabschiedeten Direktiven für den neuen Fünf-Jahres-Plan standen im Zeichen der Konsolidierung des Erreichten. Es wurde vorsichtiger kalkuliert. Beachtenswert war auch, daß das Dienstleistungsgewerbe und der Handel erstmals nach vielen Jahren durch Zusatzinvestitionen ausgebaut werden sollten. Im übrigen war beabsichtigt, die industrielle Warenproduktion im nächsten Planjahr fünf um 34 bis 36% zu erhöhen, sowie eine halbe Million neuer Wohnungen zu bauen.

## Um wirtschaftliche Verbesserungen bemüht

Ziemlich bald darauf wurden von Honecker eine Reihe von *sozialen Maßnahmen* durchgesetzt und vom Zentralkomitee (am 28. April 1972) beschlossen. Das neue Leitmotiv hieß fortan: Einheit der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Damals wurden nicht nur die Renten angehoben, sondern auch der Schwangerschaftsurlaub von 12 auf 18 Wochen verlängert, die Geburtsbeihilfen erhöht und jungen Familien recht billige, z. T. zinslose Kredite bei günstigen Rückzahlungsbedingungen eingeräumt. Um die Geburtenfreudigkeit in jungen Familien anzuregen, wurden nach der Geburt des ersten Kindes 1000 M, bei der Geburt des zweiten Kindes 1500 M und beim dritten Kind weitere 2500 M von der Schuld gestrichen. Doch ist der soziale Druck gerade auf die Frauen (Zwang zur Berufstätigkeit) nach wie vor enorm. Das kann man allein schon daran ablesen, daß in hochindustrialisierten Gebieten die Scheidungsquote fast 50 Prozent erreicht.

Zweifellos wurde in der Ära Honecker auch das ideologische Klima etwas gemäßigter. Allerdings stößt Eigenständigkeit, sei es im weltanschaulichen Bereich, sei es in Kunst und Literatur in der DDR weiterhin auf enge Grenzen. Gerade in den letzten Jahren wurden nicht wenige

nicht völlig parteikonforme Schriftsteller und Künstler gezwungen, die DDR zu verlassen. Verhaftungen gibt es allerdings viel seltener, an Schikanen läßt es das SED-Regime auch unter Honecker zu keiner Zeit fehlen. Auch zu den beiden christlichen Kirchen ist das Verhältnis etwas versachlicht worden. Der Vatikan wurde umworben, um vor allem eine kirchliche Neugliederung in der DDR zu erwirken. Der damalige Erzbischof *Agostino Casaroli* weilte im Juni 1975 in der DDR. Auch am Rande der KSZE-Konferenz sowie in Rom gab es Begegnungen zwischen Agostino Casaroli und Mitgliedern der DDR-Führung. Insbesondere seit dem Gespräch mit der evangelischen Kirchenleitung vom 6. März 1978 wurde das Interesse an einer sachlich fairen Zusammenarbeit bei begrenzter Respektierung der Eigenständigkeit der Kirchen bekundet. All das führte aber meist nicht zu Erleichterungen für die einzelnen Christen.

Der X. Parteitag bestätigte Honeckers Kurs. Die Wirtschaft wurde noch eindeutiger in den Mittelpunkt der innenpolitischen Anstrengungen der SED gerückt. Die weitere wirtschaftliche Konsolidierung wurde als das wichtigste Kettenglied zur inneren Stabilisierung der DDR und zur Erhöhung ihres internationalen Gewichts angesehen. Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde durchgängig als bestimmendes Leitmotiv herausgestellt. Häufig wiederkehrende Schlüsselworte waren: Effektivität, Mikroelektronik, ökonomische Strategie. Wenngleich auch eine Reihe ehrgeiziger Planziele nicht erfüllt wurden, so konnte Honecker auf dem X. Parteitag in manchen Feldern doch beachtliche Erfolge aufweisen. Im vergangenen Jahrzehnt hat die DDR ihren Platz unter den zehn bedeutendsten Industriestaaten der Welt behauptet. Die *Arbeitsproduktivität* in der DDR-Industrie hat sich innerhalb von zehn Jahren um 68% erhöht. 1976 bis 1980 wurden 25,9% mehr Güter produziert als im vergangenen Planjahr fünf. Die DDR hat wesentliche Fortschritte in der Materialökonomie aufzuweisen und den Verbrauch von volkswirtschaftlich wichtigen Energieträgern, Rohstoffen und Materialien zwischen 1976 und 1980 im Durchschnitt um 3,9% jährlich gesenkt (1980 sogar um 5,9%). Auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU würdigte Breschnew gerade diese Leistung als vorbildlich. Für die DDR ist vorteilhaft, daß die Sowjetunion Erdöl zu 50% unter den Weltmarktpreisen liefert. Allerdings ist die Belieferung kontingentiert. Eine Steigerung gibt es also nicht. Die DDR wird so zur Sparsamkeit angehalten, bzw. sie muß andernfalls auf den freien Weltmarkt ausweichen. Um sich von Erdöl unabhängiger zu machen, hat die DDR ihre Braunkohlenförderung im letzten Planjahr fünf beträchtlich gesteigert und deckt damit jetzt 60% ihres Aufkommens an Primärenergie. Auch die Nutzung von Kernenergie wurde beträchtlich vorangetrieben. In der DDR gilt Kernenergie als besonders sauber.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ stellte am 6. März 1981 fest: „Insgesamt weist die Energiewirtschaft der DDR mit fast  $\frac{3}{5}$  einen im internationalen Vergleich hohen Selbstversorgungsgrad auf (Bundesrepublik: 40%). Rund 80% aller

Energie-Importe kommen aus der UdSSR, so beispielsweise 3,9 Millionen t Steinkohle, 18,5 Millionen t Erdöl und 4,3 Milliarden m<sup>3</sup> Erdgas. Im Comecon liegt die DDR mit einem Primärenergieverbrauch von 4,2 Steinkohleeinheiten (SKE) je Einwohner an der Spitze... Künftig soll Roh-Braunkohle andere Energieträger, vor allem Heizöl und Steinkohle, aber auch Braunkohlenbriketts ersetzen. Bereits jetzt werden in der DDR nur 40% des Erdölaufkommens zu Heizöl verarbeitet (Bundesrepublik: 57%).“

Wenngleich das Warenangebot in der DDR in den letzten Jahren teilweise noch lückenhaft, mitunter sogar dürftig war, so gab es doch auch Fortschritte. Auf der Basis einer weitgehenden Eigenversorgung bei solchen Hauptnahrungsmitteln wie Milch, Käse, Butter und Eiern, aber auch Fleisch gehört die DDR zu den Ländern mit dem höchsten Pro-Kopf-Verbrauch.

Vor allem dort, wo Versorgungsschwerpunkte gesetzt wurden, gab es Erfolge. Im letzten Jahrzehnt wurden 1,7 Millionen Wohnungen neu gebaut oder modernisiert, womit für 4,25 Millionen Menschen – also ein Viertel der DDR-Bürger – die Wohnverhältnisse, wenn auch auf niedrigem Niveau, verbessert werden konnten. Im Jahre 1976 bis 1980 wurden 813 000 Wohnungen fertiggestellt, das waren 63 000 mehr als geplant waren.

## Unveränderte Strategie für die achtziger Jahre

In den von Honecker formulierten zehn Schwerpunkten für die ökonomische Strategie der achtziger Jahre ist vor allem vorgesehen: Mit der weltweiten technischen Revolution nicht nur Schritt zu halten, sondern an Boden zu gewinnen, die Arbeitsproduktivität weiter zu erhöhen, Rohstoffe und Energie noch besser zu nutzen, die Kernenergetik erheblich auszubauen, neue elektronische Primär- und Sekundärstromquellen zu entwickeln, die Qualität der Erzeugnisse zu verbessern, eine umfassende „sozialistische“ Rationalisierung voranzutreiben und sich noch mehr auf die Entwicklung der Konsumgüterproduktion zu konzentrieren.

In seiner Schlußansprache auf dem X. Parteitag verlangte Honecker „einen Leistungsanstieg wie nie zuvor“. Versorgungsmängel soll es künftig überhaupt nicht mehr geben, doch dies sei nur möglich, wenn „mehr, schneller und besser“ gearbeitet wird.

Die von Honecker auf dem X. Parteitag formulierten vier „vorrangigen außenpolitischen Ziele“ lauteten:

– „Zielstrebigere Ausbau des Bruderbundes mit der Sowjetunion und den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft auf der Basis der abgeschlossenen Freundschaftsverträge.“

– „Unbeirrbares beharrliches Wirken für die Sicherung des Friedens, für die Einstellung des Wettrüstens mit dem Ziel, die politische Entspannung zu verteidigen und auszuweiten, sie vor allem durch Maßnahmen in der militäri-

schen Entspannung und Abrüstung zu stabilisieren und unumkehrbar zu machen.“

– „Aktive antiimperialistische Solidarität mit allen um ihre nationale und soziale Befreiung kämpfenden Völkern. Entwicklung einer vielseitigen Zusammenarbeit mit den Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas.“

– „Konsequentes Bemühen um den Ausbau der Beziehungen der friedlichen Koexistenz zu den kapitalistischen Ländern.“

Gegenüber der Bundesrepublik betont Honecker auf seine Weise den Grundsatz der friedlichen Koexistenz:

„Von den führenden Politikern der BRD, von Bundeskanzler Schmidt wurde wiederholt erklärt, daß auch sie wollten, daß von deutschem Boden kein neuer Krieg ausgeht. Wir haben das mit gebührendem Ernst zur Kenntnis genommen und sind bereit, es in unserer Politik zu berücksichtigen ...“

Wir waren immer bereit, konstruktiv zur Entwicklung normaler, ja gut nachbarlicher Beziehungen zwischen der DDR und BRD beizutragen. Das wird weiterhin so sein. Doch die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten lassen sich von der internationalen Situation nicht abkoppeln. Wer die NATO-Hochrüstung vorantreibt, wer mit neuen Atomraketen das militärisch-strategische Gleichgewicht in Europa antastet, der schafft Tatbestände, die gegen die weitere Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten wirken und Erreichtes gefährden.“

Obwohl Honecker auf dem X. Parteitag naturgemäß auch *ideologische Fragen* behandelte, tat er es im Vergleich zu früher nur in allgemein-grundsätzlicher Art, in ziemlich moderatem Ton und ohne Schärfe gegen Personen. Beachtenswert ist, daß Honecker auch die Kirchen positiv oder wenigstens wertneutral angesprochen hat. Im Unterabschnitt über „das Gesundheitswesen im Sozialismus“ wurde im Zusammenhang mit der Betreuung geschädigter Bürger gesagt: „Auch die von kirchlichen Einrichtungen auch auf diesem Gebiet geleistete Arbeit verdient viel Anerkennung.“

Im Abschnitt über „die Rolle der Nationalen Front und die Beziehungen der SED zu den befreundeten Parteien“ heißt es u. a.: „Im Berichtszeitraum entwickelte sich das Verhältnis der sozialistischen Staaten zu den Kirchen weiter auf der Grundlage des Prinzips der Trennung von Staat und Kirche. Die Beziehungen gewannen an Offenheit, Verständnis und Bereitschaft zu konstruktiven Regelungen. Auf dem Treffen des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR mit dem Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR am 6. März 1978 wurde die Grundlage für die weitere Entwicklung sachlicher, verfassungsgerechter und verständnisvoller Beziehungen gelegt. Das gleiche gilt für das Gespräch mit dem Vorsitzenden der Berliner Bischofskonferenz am 15. Januar 1981; diese Politik hat sich bewährt. Wir setzen sie auch in Zukunft fort.“ An anderer Stelle heißt es: „Auch künftig handeln wir nach dem Grundsatz, jedem Bürger, unabhängig von seiner sozialen Herkunft, seinem religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnis, die Möglichkei-

ten zur aktiven Mitwirkung an der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft zu geben.“ Natürlich sind das zunächst verbale Bekenntnisse, die die Kirchen einbinden wollen, den einzelnen Christen aber nach wie vor wenig Raum lassen.

Früher gab es auf SED-Parteitag vielfach feindselige und heftige Angriffe gegen die Kirchen. Noch 1958 galten die Kirchen parteiintern als „der letzte organisierte Feind in der DDR“. Jetzt werden die Kirchen immerhin unter der Rubrik Nationale Front bzw. befreundete Parteien miterwähnt. Faktisch kommt darin zum Ausdruck, daß die Kirchen als *ein Faktor in der sozialistischen Ordnung* toleriert werden und daß man eher an Einbindung als an Konfrontation mit ihnen interessiert ist.

### SED als Kaderpartei gefestigt

Die SED lehnt selbstverständlich auch unter Honecker eine pluralistische Gesellschaft ab. Der Führungsanspruch der SED auf allen wesentlichen Gebieten wird mit Entschiedenheit kompromißlos aufrechterhalten. Jüngste Versuche der evangelischen Kirche, sich partiell als gesellschaftskritische Instanz zu profilieren und an Maßnahmen der Regierung (z. B. Zwangsumtausch) Kritik zu üben oder sich für Waffenlosigkeit zu engagieren, stoßen naturgemäß auf staatlichen Widerspruch.

Wenn man über die zehnjährige *Entwicklung der Parteiorganisation* unter der Führung Erich Honeckers insgesamt Bilanz ziehen will, so ist diese für die SED in quantitativer und qualitativer Hinsicht eher positiv als negativ. Allein zwischen dem IX. Parteitag (18. bis 22. Mai 1976) und dem X. Parteitag fanden 351 963 „neue Kämpfer“ Aufnahme in die SED, davon waren 269 789 unter 25 Jahren. Der Mitgliederzuwachs und die soziale Zusammensetzung der Partei werden noch zielstrebig als früher reguliert. Nur wer sich vorher und vor allem während der Kandidatenzeit politisch bewährt hat, kann Parteimitglied werden. Der Arbeiteranteil wurde auf 57,6% hochgedrückt, wobei freilich die Herkunft zählt.

Für das DDR-Regime gilt die SED als die größte, geschlossenste und „erfolgreichste Partei der deutschen Geschichte“. Sie wird zielstrebig als Kaderpartei geführt. Für die Parteischulung werden weiterhin beträchtliche Mittel aufgebracht. 82,2% der Leitungsmitglieder und 88,6% der Parteisekretäre verfügen über eine Parteischulungsbildung von mindestens vier Monaten. 64,5% aller Parteisekretäre haben eine Hoch- oder Fachschule absolviert. Selbstverständlich gibt es auch in der Parteischulung zwischen Aufwand und Resultat eine beträchtliche Diskrepanz. Nicht wenige SED-Mitglieder ziehen sich in der Freizeit in die private Nische zurück.

In Honeckers Jahrzehnt gab es aber weder größere innerparteiliche Krisen noch sichtbare innerparteiliche Auseinandersetzungen. Gegenüber dem „polnischen Bazillus“ und einem Dissidententum blieb die SED bislang weitgehend immun. Die *Krise in Polen* wirkt auf SED-Kader

eher festigend als aufweichend. Das jetzt erkennbar werdende polnische Modell wird mit größten Mißtrauen bedacht. Da die Volkswirtschaft der DDR unter dem Ausfall von polnischen Kohlenlieferungen und durch Hilfeleistungen an Polen zu leiden hat, besteht gegenüber dem polnischen Reformkommunismus kühle Distanz bis Feindseligkeit nicht nur in der SED, sondern auch in Teilen der Bevölkerung.

Honecker hat im vergangenen Jahrzehnt auch eine relativ vorsichtige *Personalpolitik* entwickelt. Im eigentlichen Führungszentrum, dem Politbüro und dem Sekretariat des Zentralkomitees gab es nur geringfügige Veränderungen. Niemand – auch Ulbricht nicht – wurde im klassischen Sinne hinausgesäubert und dann zur Unperson. Im wesentlichen wurden nur verstorbene Politbüro-Mitglieder ersetzt, wobei in der Regel bisherige Kandidaten des Politbüros aufrückten. Bei dem jetzt ausgeschiedenen Professor *Albert Norden* war es aber keineswegs nur das Alter (76) und die Krankheit, sondern wahrscheinlich auch Elemente von Altersstarrsinn. Der einer Rabbinerfamilie entstammende einstige Chefagitator war militanter Antiimperialist, der der Koexistenzpolitik Honeckers hinderlich gewesen sein könnte. Norden erhielt nach dem X. Parteitag zwar den „Karl-Marx-Orden“, aber auf dem Parteitag wurde ihm nicht mit einem Wort gedankt.

Erwähnenswert ist, daß Honecker schon unter Ulbricht in der Personalpolitik politisch einflußreich war und seine Vertrauensleute bereits damals in Führungspositionen lancieren konnte. Wer sich einst in der Freien Deutschen Jugend (FDJ) hervorgetan hat, mit Honecker bekannt geworden ist und sich fachlich qualifizierte bzw. sich politisch nicht disqualifizierte, dem stand der Weg in Führungspositionen offen.

Honecker hat inzwischen auch in scheinbar kleinen Dingen neue Maßstäbe gesetzt. Einst war es üblich, ehemalige Genossen zu diffamieren oder als Unpersonen zu behandeln bzw. die Parteilichkeit so weit zu treiben, daß man den Gegner stets als Feind wertete und alles nur im Schwarz-Weiß-Raster darstellte. Grau- oder andere Zwischentöne und erst recht positive Wertungen von Gegnern oder Gegenspielern waren verpönt. Für diesen neuen persönlichen Stil ist die Honecker-Biographie „Aus meinem Leben“ aufschlußreich.

### Einstweilen keine Alternative

Die Ablösung von Walter Ulbricht und die Übernahme der Verantwortung durch Erich Honecker waren von erheblicher Bedeutung für die Entwicklung der DDR im letzten Jahrzehnt. Zwar hat Erich Honecker keine Liberalisierung eingeleitet, doch er hat immerhin die SED für die Entspannungspolitik geöffnet. Erst nach Ablösung von Ulbricht schlug die DDR den Kurs begrenzter Kooperation mit der Bundesrepublik Deutschland ein. Honecker war bemüht, eine Politik des begrenzten, gezügelten Fortschritts zu entwickeln. Verglichen mit der Ulbricht-Ära gab es – zum Teil bedingt durch die Ostver-

tragspolitik und den KSZE-Prozeß – kleine Erleichterungen. Die meisten Anfangshoffnungen der DDR-Bevölkerung wurden allerdings nicht erfüllt. Zunächst wurde Honecker mit den durch die Ostvertragspolitik und dem KSZE-Prozeß erzielten Verbesserungen identifiziert. Er konnte aber weder eine größere Liberalisierung noch innerdeutsche Freizügigkeit bringen.

Der Honeckersche Grundsatz von der Einheit der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der die DDR westbegegnungsfähig machte und der Bevölkerung Vorteile bringt, wird aber in zunehmendem Maße als vernünftig anerkannt. Gegenwärtig ist innerhalb des Warschauer Pakts die DDR das relativ stabilste Land mit einer relativ guten, wengleich bisher nicht engpaßfreien und von zeitweiligen Rückschlägen nicht verschont gebliebenen Versorgung. In bezug auf Lebensstandard und Lebensqualität nimmt sie im kommunistischen Machtbereich mit Ungarn die Spitzenstellung ein.

Auch ist nicht zu übersehen, daß die Staatsorgane der DDR unter Honeckers Führung die Macht im Innern behutsamer und elastischer ausüben und daß der Überzeugungsarbeit größerer Rang eingeräumt wird.

Honecker versteht es in zunehmendem Maße preußisch-deutsche Tugenden wie Fleiß, Pflichterfüllung, Disziplin zielstrebig zu fördern und auszunutzen. Um ein DDR-Nationalbewußtsein zu züchten, werden seit jüngstem wichtige Elemente des Preußentums als besonders nationales Erbe der DDR gepflegt.

Angesichts der Tatsache, daß die DDR fest in den Warschauer Pakt eingebunden ist und daß angesichts ihrer vorgeschobenen Position an der unmittelbaren Berührungsstelle der NATO eine reformkommunistische Entwicklung ähnlich Polen von den Sowjets nie toleriert werden würde, gibt es zu Honecker gegenwärtig auch keine Alternative.

*Herbert Prauß*

## Interview

# Von der Alten Kirche lernen?

## Ein Gespräch mit Professor Norbert Brox über Christentum und spätantike Umwelt

*Viele Probleme von Glaube und Kirche heute hängen damit zusammen, daß das Christentum in einer komplexen geistig-kulturellen Umwelt seine Identität neu bestimmen muß. Dabei kann der Blick auf den Prozeß der Transformation und Rezeption hilfreich sein, in dem sich das frühe Christentum auf Kultur und Philosophie seiner Umwelt eingelassen hat. Wie stellt sich dieser Vorgang nach dem gegenwärtigen Forschungsstand dar? Welche Anstöße ergeben sich daraus für aktuelle Problemstellungen? Über diese Themen sprachen wir mit Professor Norbert Brox, der an der Universität Regensburg Alte Kirchengeschichte und Patrologie lehrt. Die Fragen stellte Ulrich Rub.*

**HK:** Herr Professor Brox, Ernst Troeltsch hat in seinen Überlegungen zu den Zukunftschancen des Christentums zu Beginn unseres Jahrhunderts einmal geschrieben, das Christentum sei gegenwärtig wieder in der Situation des „alten sich emporkämpfenden und einer unabhängigen geistigen Welt gegenüberstehenden Christentums“. Gerade eine solche Parallelisierung zwischen unserem Jahrhundert und den ersten christlichen Jahrhunderten legt die Rückfrage nahe: Wie hat sich das frühe Christentum als Minderheit in einer fremden geistigen Welt „emporkämpft“?

**Brox:** Wenn ich einmal ausklammere, ob die Kategorie des Sich-Emporkämpfens für die Frühzeit des Christen-

tums passend ist, dann war nach allem, was wir aus der frühen Geschichte des Christentums kennen, die Grundeinstellung der damaligen Kirche kaum die Tendenz, sich „durchzusetzen“ in politisch-gesellschaftlicher Hinsicht. Eher war man schlicht darum bemüht, als neue „Gemeinde“ zunächst zu überleben, darüber hinaus dann zunehmend Fuß zu fassen unter Menschen, die sich zugänglich zeigten für das, was das Christentum als die durch Gott mitgeteilte Wahrheit und damit auch als das den Menschen eröffnete Heil neu mitzuteilen hatte. Man predigte und warb, aber in dem ganz gelassenen Vertrauen, daß Gott die Gesamtgeschichte der Menschheit und der Welt zu einem guten Ende führt. Dabei entwickelte man keine große Strategie oder ein umfassendes Programm.

**HK:** Dieses Vertrauen führte aber zumindest von einer bestimmten Zeit an auch zu dem mehr oder weniger bewußten und intensiven Ausgreifen auf die spätantike Umwelt mit ihrer Philosophie, ihrer Kultur, ihrer Bildung. Warum mußte oder wollte das frühe Christentum im Prozeß seiner Ausbreitung eigentlich diesen Schritt tun?

**Brox:** Ganz kurz gesagt: aufgrund schlechter Erfahrungen. Die früheste Phase, die grob bemessen etwa bis in die Mitte des zweiten Jahrhunderts reicht, zeichnet sich dadurch aus, daß sich das Christentum in der soziologischen Gestalt kleiner Gruppen in der recht einfachen Sprache